
313/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 22.05.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Sigrid Maurer, Freundinnen und Freunde

betreffend Einführung von Ethik als Pflichtfach für alle Schüler:innen

BEGRÜNDUNG

Die Einführung von Ethik als alternativer Pflichtgegenstand für Schüler:innen, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen, war ein richtiger und wichtiger Schritt hin zu einer inklusiven und zeitgemäßen Wertebildung an unseren Schulen.

Doch in der Praxis zeigt sich: Dieses Modell hat Grenzen. Es sorgt für organisatorische Doppelstrukturen, trennt Schüler:innen in Gruppen – und verhindert einen gemeinsamen Raum für zentrale Fragen des Zusammenlebens.

In einer vielfältigen, demokratischen Gesellschaft braucht es einen Ort, an dem *alle* jungen Menschen – unabhängig von Religion oder Weltanschauung – gemeinsam über Werte, Verantwortung und Zusammenhalt nachdenken und diskutieren können. Gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Spannungen, religiöser Radikalisierung und demokratiefeindlicher Strömungen ist ein gemeinsamer Ethikunterricht wichtiger denn je.

Im Ethikunterricht geht es nicht nur um abstrakte Theorien, sondern um ganz konkrete Fragen: Wie wollen wir miteinander leben? Was ist gerecht? Welche Verantwortung trage ich – für andere Menschen, für unsere Umwelt, für die Gesellschaft? Auch Religionen haben hier ihren Platz – im Dialog, vergleichend, respektvoll und kritisch.

Der bestehende Ethik-Lehrplan in der Sekundarstufe II liefert dafür bereits ein gutes Fundament. Nun gilt es, diesen Unterricht auf alle Schüler:innen und Schulstufen auszuweiten – als gemeinsamen, verpflichtenden Raum für Orientierung, Reflexion und Wertebildung.

Gleichzeitig ist klar: Für viele Familien ist der Religionsunterricht ein wichtiger Teil der persönlichen Bildungs- und Erziehungsentscheidung. Dieses Angebot soll bestehen bleiben – als freiwillige Ergänzung. So bleibt religiöse Bildung Teil des staatlichen Schulsystems – unter pädagogischer Aufsicht und mit Qualitätsstandards. Damit wird auch gewährleistet, dass religiöse Bildung *nicht* in unkontrollierte oder intransparente Räume außerhalb des Schulsystems verlagert wird.

Ein verpflichtender Ethikunterricht für alle – ergänzt durch freiwilligen Religionsunterricht – stärkt die Schule als Ort der demokratischen Bildung, des Respekts und des gemeinsamen Lernens.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung wird aufgefordert, die notwendigen Gesetzesvorschläge vorzulegen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den Ethikunterricht als Pflichtfach für *alle Schüler:innen* einzuführen. Ziel ist es, durch einen gemeinsamen, verpflichtenden Ethikunterricht einen Raum im schulischen Kontext zu schaffen, in dem zentrale Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Verantwortung vermittelt und reflektiert werden – ebenso wie gesellschaftlich relevante Themen wie Religionen und Zusammenleben in Vielfalt. Der konfessionelle Religionsunterricht soll weiterhin als Zusatzangebot im schulischen Kontext bestehen bleiben, um religiöse Bildung unter pädagogischer Aufsicht und nach einheitlichen Qualitätsstandards zu gewährleisten.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Bildungsausschuss vorgeschlagen.